
FORUM: Gewerkschaften

Klaus Zwickel: Zukunft der Arbeit am Industriestandort Deutschland. Konsequenzen aus der Tarifrunde 1994

Klaus Zwickel, geb. 1939 in Heilbronn, Ausbildung als Werkzeugmacher, ist seit 1986 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Seit Oktober 1993 ist er deren Vorsitzender.

Wir stehen inmitten dramatischer Umbrüche: Die verschärfte Weltmarktkonkurrenz in der Triade USA/Japan - Europäische Union - Asiatischer Wirtschaftsraum und die wirtschaftlichen Folgen der Öffnung der Grenzen in Mittel- und Osteuropa führen zu grundlegenden Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung. Die Rahmenbedingungen für Produktion und Wachstum, für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, aber insbesondere auch für Einkommens- und Vermögensverteilung, für Sozialstaat und gewerkschaftliche Interessenvertretung wandeln sich tiefgreifend. Die Umbrüche in Produktionsstrukturen und in der Arbeitsorganisation, in Unternehmensstrategien und Unternehmerverhalten werden zur Zeit begleitet von einer Politik der Deregulierung und der Privatisierung, die einen ideologischen Kern hat: die Übertragung des radikalen Marktmodells auch auf die industriellen Beziehungen und die sozialen Verhältnisse in unserem Land. Die dramatische Beschäftigungskrise wird mißbraucht, um die Regelungsmacht von Gewerkschaften zu schwächen, um Arbeits- und Sozialkosten abzusenken und den Übergang in ein dereguliertes Marktsystem zu forcieren. Löhne erscheinen nur noch als Kosten, soziale Leistungen als Belastungen, gewerkschaftliche Schutz- und Gestaltungsmöglichkeiten als Behinderung. Der Irrweg solcher Politik zerstört den sozialen Konsens, beschädigt Solidarität und beschleunigt damit gesellschaftliche Zerfallsprozesse.

Wir stehen an einer Wegscheide. Einerseits führt der Weg hin zu einem marktradikalen Deregulierungsmodell, für das die von Bundesregierung und Arbeitgeberverbänden geführte Standortdebatte die Stichworte gegeben hat: die Löhne seien zu hoch und die Arbeitszeiten zu kurz; das soziale Leistungssystem verschütte Arbeitsmotivation, die Macht der Gewerkschaften müsse gebrochen werden. Dagegen steht andererseits das Modell einer zukunfts-

gerichteten Gestaltungspolitik, die auf die systematische Verknüpfung von sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen setzt und dabei die Alltagsinteressen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den Gattungsinteressen verknüpft. Dieses Modell setzt auf gestaltende Gegenmacht durch Mobilisierung, durch gesellschaftlichen Dialog, auf Konfliktfähigkeit und Kooperationsbereitschaft. In diesem Sinne ist für die Zukunft der Arbeit am Industriestandort Deutschland die Weiterentwicklung eines sozial und ökologisch begründeten Regulierungssystems unverzichtbar.

Die Gewerkschaften setzen auf zukunftsfähige Regulierung - auf ein modernisiertes Tarifvertragssystem, auf starke handlungsfähige Betriebsräte, auf eine zielgerichtete Industriepolitik, auf den solidarischen Umbau des Sozialstaates, auf die ökologische Erneuerung unserer Produktionsstruktur, auf die systematische Eröffnung gesellschaftlicher Bedarfswelder vor allem in den Bereichen Verkehr, Kommunikation, Energie und Umwelt für neue Beschäftigungswelder. Wir haben uns der Herausforderung der Standortdebatte gestellt. Wir wollen sie aber ihres ideologischen Nebels entkleiden und auf den rationalen Kern zurückführen. Eine zukunftsorientierte Strategie für den Standort Deutschland muß die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und die Verwirklichung von Vollbeschäftigung als Ziel ganz oben an stellen. Eine solche Strategie muß den Erhalt der Internationalen Wettbewerbsfähigkeit als Ziel und die Erweiterung der gesellschaftlichen Reformfähigkeit als Mittel miteinander in Einklang bringen. Wir brauchen einen Zuwachs an Beschäftigung insbesondere in den Produktions- und Bedarfsweldern. In denen die Beschäftigungswirksamkeit mit sozialer und ökologischer Effizienz verbunden werden. Wir wollen die Industriestandortdebatte zu einer Debatte um die Zukunft der Arbeit verlängern, indem wir die Fragen zuspitzen, wie wir unter den veränderten Bedingungen arbeiten und leben wollen, wie wir die kurzfristigen Entscheidungsregeln unseres ökonomischen Systems mit den langfristigen Überlebensbedingungen der Gattung verbinden, wie wir ein zukunftsfähiges Regulierungssystem schaffen, das die sozialen Interessen in Strukturwandel verankert, das die internationale Verantwortung gegenüber der Dritten Welt praktiziert - und dem absoluten Vorrang des integrierten Politikziels Vollbeschäftigung Rechnung trägt.

Die Tarifpolitik der IG Metall hat 1994 einen konstruktiven Beitrag hierzu geleistet:

- einen beschäftigungspolitischen Beitrag, insbesondere mit den tariflichen Vereinbarungen zur betrieblichen Beschäftigungssicherung und zur befristeten Übernahme der Auszubildenden;
- einen wettbewerbpolitischen Beitrag, mit dem Erhalt vorhandener Qualifikationen durch die Sicherung bestehender Arbeitsverhältnisse;
- einen gesellschaftspolitischen Beitrag, mit dem Erhalt des sozialen Friedens und der Sicherung des Flächentarifvertrages.

Für diese reformpolitischen Prioritäten haben die Beschäftigten der Metallwirtschaft einen beträchtlichen einkommenspolitischen Preis gezahlt.

Angriffe auf das Tarifvertragssystem

Das Interesse an vorausschauender Gestaltungspolitik der Arbeits- und Produktionsbedingungen hat auf Arbeitgeberseite offenkundig erst sehr spät Fürsprecher gefunden. Es war gewerkschaftliche Gegenmacht gegen Blockadehaltung und Verweigerungsdenken, die den Rückzug der Arbeitgeber aus ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung überwinden half. Aber es besteht kein Zweifel: Die Tarifpolitik der IG Metall ist in den Zangengriff zwischen phantasielosen Arbeitgebern und konzeptionslosen Regierungspolitikern geraten. Eine Regierung, die auf der Einnahmenseite soziale Schief lagen produziert und durch Kürzungen auf der Ausgabenseite potenziert, möchte Gewerkschaften allzugerne in die Rolle des Sündenbocks drängen.

Für die IG Metall ist offenkundig: Gewerkschaftliche Tarif politik kann niemals Lückenbüsser für eine verfehlte Arbeitsmarkt- und Konjunkturpolitik sein. Ebenso unrealistisch ist die Erwartung, alleine durch gewerkschaftliche Tarifpolitik ließe sich die politisch geduldete oder forcierte Initiative zur Reduzierung von Einkommen und Beschäftigung ausgleichen.

Die Tarifrunde 1994 in der Metallindustrie wurde auch dadurch erschwert, daß die ungelösten innerverbandlichen Probleme von Gesamtmetall Verhandlungsfähigkeit und Verhandlungsbereitschaft beeinträchtigten. Den derzeitigen Verantwortungsträgern des Verbandes gelingt es offenkundig nur begrenzt, in ihren eigenen Reihen den Vorteil tarifvertraglicher Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen genügend einsichtig zu machen. Das Resultat sind anhaltende Versuche rückwärtsgewandter Unternehmer, die Prinzipien sozialstaatlicher Demokratie außer Kraft zu setzen und die regulierende Kraft von Tarifverträgen zu zerstören.

So sind die Metallarbeitgeber vor einem Jahr im Osten der Republik angetreten, um geschlossene Tarifverträge rechtswidrig vom Tisch zu wischen. Doch hatten sie ihre Rechnung ohne die selbstbewußten Belegschaften der ostdeutschen Metallindustrie gemacht. Wenn auch im Ergebnis die Perspektive auf einheitliche Einkommensbedingungen in Ost und West zeitlich gestreckt werden mußte, so hat doch der 1993 geführte kurze heftige Arbeitskampf die prinzipielle Bindekraft des Flächentarifvertrages wiederhergestellt. Trotzdem scheint einem gewichtigen Teil der organisierten Arbeitgeberschaft immer mehr daran gelegen, den Verband als ideologische Speerspitze gegen Gewerkschaften und gegen sozialen Fortschritt einzusetzen. Ich erwarte, daß dieser Verband sich stärker als Instrument zur sachgerechten Lösung von Interessenskonflikten und zur Bewältigung gemeinsamer Zukunftsherausforderungen bewährt.

Die Industriestandortdebatte wurde streckenweise dazu mißbraucht, die Mär von den hohen Löhnen und den hohen Sozialkosten zu verbreiten. Damit war den Gewerkschaften und insbesondere der IG Metall der Schwarze Peter in die Schuhe geschoben. Die IG Metall sollte zu Verzichtsdenken und Unterwerfung genötigt werden - gerade weil sie aufgrund ihrer Mitgliederstärke

und ihrer praktizierten Durchsetzungskraft als Eckpfeiler interessenpolitischer Gegenmacht und Mobilisierungsfähigkeit eine besondere Verantwortung trägt. Wir dürfen dabei nicht aus dem Blick verlieren, daß selbst eine relativ starke Gewerkschaft nur vorausgehen kann, wenn sich die Distanz zu den anderen Gewerkschaften nicht dauerhaft und systematisch vergrößert.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben bei den hinter uns liegenden Auseinandersetzungen die IG Metall unterstützt. Oft konnten die Tarifierfolge der IG Metall auch anderen Gewerkschaften eine Hilfe sein. Gleichwohl wird niemand behaupten wollen, daß die DGB-Gewerkschaften sich hinsichtlich einer gemeinsamen Tarifpolitik nicht noch besser abstimmen müssen. Dies ist auch deshalb geboten, weil die Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie ständig an der Grenze zu einem gesellschaftlichen Großkonflikt operieren. Schon bei dem Versuch der ostdeutschen Metallarbeitgeber, einen gültigen Tarifvertrag zu brechen, konnten sich die Arbeitgeber im Bündnis mit der großen Politik fühlen. Schließlich hatten Politiker und Unternehmer zuvor immer wieder einträchtig gegen die schrittweise Angleichung der Ostlöhne an das Westniveau polemisiert.

In ähnlicher Weise verstanden die Metallarbeitgeber in den alten Bundesländern die politischen Klagen über zu hohe Lohnkosten als Unterstützung ihrer Forderung nach einer prinzipiellen tarifpolitischen Wende. Diese tarifpolitische Wende hätte die Abkehr von den Prinzipien des Hochlohnlandes Deutschland zugunsten eines Lohnsenkungswettlaufs mit anderen Standorten bedeutet, an dessen Ende nicht nur der Bankrott der Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch der Verfall des Sozialstaates insgesamt stehen würde. Angesichts der schweren Krise in der Metallwirtschaft und unter dem Druck der wachsenden Massenarbeitslosigkeit hat die IG Metall nichts unversucht gelassen, um eine Lösung am Verhandlungstisch zu erreichen, die der Beschäftigungssicherung Vorrang vor anderen Zielen einräumt.

Ich selber habe zunächst ein Moratorium gegen Beschäftigungsabbau vorgeschlagen. Dieser Anstoß wirkte zugleich auch als Impuls für eine neue beschäftigungs- und arbeitszeitpolitische Debatte. Die IG Metall wollte darüber verhandeln, wie sich die Beschränkung auf Reallohnsicherung und das allgemeine Interesse an der Beschäftigungssicherung in gegenseitig verpflichtende Abmachungen übertragen lassen. Nicht nur Freunde, sondern selbst manch eingeschworene Gegner der IG Metall haben dies als konstruktiven Ansatz verstanden und begrüßt - als Ansatz, die Zukunft der Arbeit, und damit die eigentliche Zukunft des Industriestandortes, nicht durch ideologisch motivierte Krisenoperationen zu zerstören.

Zur Verschärfung des Konfliktkurses durch Gesamtmetall hat in dieser Situation beigetragen, daß Gesamtmetall gewissermaßen als Antwort die vorzeitige Kündigung der Einkommens- und Urlaubszeittarifverträge präsentierte. Nicht Konsens und Dialog, sondern Konflikt und Unterwerfung waren die Ziele, die Gesamtmetall öffentlich verfolgt hat: In der tiefsten Wirtschafts-

krise seit Bestehen der Bundesrepublik fiel den Arbeitgebern nichts Besseres ein, als die Lohn- und Gehaltstarifverträge und zusätzlich die Urlaubsabkommen vorzeitig zu kündigen. Damit hatte sich Gesamtmetall schon früh im Vorfeld der Tarifaueinandersetzung 1994 auf einen Weg der Konfrontation festgelegt. Nicht die Sicherung der Zukunft der Arbeit war das Leitmotiv, der Einstieg in die flächenmäßige Absenkung der Einkommen war Kern ihrer Strategie.

Beschäftigungspolitische Verantwortung der Gewerkschaften

Unter schwierigsten Bedingungen haben wir einen tragfähigen Kompromiß erreicht, einen Kompromiß, der auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer belastet, aber gleichwohl aufgrund seiner beschäftigungs-, Wettbewerbs- und gesellschaftspolitischen Elemente unsere Zukunftsfähigkeit wahrt. Dennoch: Nach wie vor besteht die Notwendigkeit, auch mit den Arbeitgebern nach intelligenten Wegen zu suchen, um Absatzschwierigkeiten durch Innovationen in der Produktpalette, bei den Qualifikationen der Arbeitnehmer, bei Fertigungsstruktur und bei der Arbeitsorganisation zu lösen. Hier liegt der Kern für unsere Zukunftsdebatte: Wie wir wieder qualitativ wettbewerbsfähig werden, durch soziale, ökonomische und ökologische Innovationen. Und nicht zuletzt: wie wir das wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungssystem ausgestalten und weiterentwickeln, um der Arbeit ihre Zukunft zu sichern.

Die einseitige Fixierung der Arbeitgeber auf eine Reduzierung der Einkommen um bis zu 15 Prozent erzwang allerdings einmal mehr die Konzentration der IG Metall auf die Abwehr unrealistischer Arbeitgeberwünsche. Welche Chancen bestehen, Produktionsengpässe, Kurzarbeit, Freizeitgewinne und die Stabilisierung von Kaufkraft auf einen Nenner zu bringen, zeigt die im Geltungsbereich des VW-Konzerns zum Jahresende 1993, vereinbarte Einführung der 4-Tage-Woche.

Sie gilt vorerst nur für einen Zeitraum von zwei Jahren. Diese Regelung kam ohne große Auseinandersetzungen zustande, weil die Spitze des VW-Konzerns und die Arbeitnehmer bereit waren, beschäftigungspolitische Verantwortung gemeinsam zu tragen. Nicht die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Qualifikationen, nicht der beschäftigungspolitische Kahlschlag, sondern die beschäftigungssichernde Innovation einer Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Sicherung der monatlichen Entgelte, aber unter Hinnahme von Einbußen bei Sonderzahlungen, haben einen neuen Weg eröffnet. Möglich wurde dies durch eine Reduzierung der allgemeinen betrieblichen Arbeitszeiten bei unterproportionalen Einkommenseinbußen; die aktuellen und zukünftigen Produktivitätsfortschritte reichten allein nicht aus, um einen solchen großen Arbeitszeitverkürzungsschritt ohne Einkommenseinbußen zu realisieren. Diesem Nachteil steht allerdings der Vorteil gegenüber, daß der ursprünglich geplante Abbau von 30000 Arbeitsplätzen im VW-Konzern vermieden werden konnte. Gesamtmetall und Bundesregierung standen dieser bei VW gefundenen Lösung skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Für die Zukunft der Arbeit am Industriestandort Deutschland sind gesellschaftliche Mobilisierung und gewerkschaftliche Gegenmacht unverzichtbar. In der Tarif auseinandersetzung in der Metallindustrie konnte auch diesmal wieder erst unter dem Eindruck gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen und gesellschaftlicher Solidarität ein Sinneswandel im Arbeitgeberverband herbeigeführt werden. Über 1,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hatten sich zuvor an Warnstreikaktionen beteiligt. In Niedersachsen lief bereits der Countdown für einen Streik. 92,9 Prozent der rund 38000 IG-Metall-Mitglieder des Tarifbezirkes hatten in der Urabstimmung dafür votiert und sich zum 7. März auf den Streikbeginn vorbereitet. Nur wenige Stunden davor gelang in einem Spitzengespräch zwischen IG Metall und Gesamtmetall, was zuvor in den vielen regionalen Verhandlungen und einem ersten Spitzengespräch in weiter Ferne schien: Die Arbeitgeber setzten das gekündigte Urlaubsabkommen wieder in Kraft. Und zum ersten Mal konnte in einem Tarifvertrag ein Rahmen für Beschäftigungssicherung festgeschrieben werden. Das bei VW gefundene Modell stand dabei Pate. Unter bestimmten Voraussetzungen kann nunmehr in der Metallindustrie die Arbeitszeit von 36 auf bis zu 30 Stunden pro Woche abgesenkt werden; dabei gibt es ein Kündigungsverbot. Erreicht wurde zum ersten Mal auch eine grundsätzliche Übernahme für Auszubildende nach Abschluß ihrer Ausbildung für mindestens ein halbes Jahr. Immerhin wurde damit verhindert, daß für junge Menschen der Start ins Berufsleben mit dem Gang zum Arbeitsamt beginnt. Hinsichtlich des Aspektes Einkommenssicherung ist trotz nominaler Lohn- und Gehaltserhöhung von 2 Prozent für eine verkürzte Laufzeit faktisch ein Stillstand vereinbart worden. Hier kann man es bei der schwierigen Ausgangslage immerhin als einen Teilerfolg werten, daß die von Arbeitgebern und Bundesregierung nachhaltig gewünschte dauerhafte Absenkung des nominalen tariflichen Einkommensniveaus abgewehrt wurde. Was darüber hinaus zählt und die Grundlage für Tarifvereinbarung auch in anderen Branchen gelegt hat, ist die Stärkung des Flächentarifvertrages durch die Eröffnung wohldefinierter betrieblicher Gestaltungsoptionen.

Nicht zuletzt ist es ein Vorteil, daß mit diesem Rahmen betriebspolitische Initiativen zur Beschäftigungssicherung als Alternative zur stupiden Strategie der Entlassung zukünftig besser abgesichert werden können. So bestehen jetzt ohne zusätzliche Kostenbelastungen bessere Voraussetzungen für eine Sicherung von Arbeitsplätzen durch neue Formen der Verteilung des Arbeitsvolumens. Auf Initiative der Betriebsräte können beispielsweise Beschäftigungspläne als Alternative zum Personalabbau vereinbart werden. Daß dies auch für ganze Industriezweige möglich ist, hat zuletzt der im April vereinbarte Tarifvertrag in der Stahlindustrie bewiesen: Die 35-Stunden-Woche tritt zum 1. Mai 1994 in Kraft, 11 Monate früher als ursprünglich vorgesehen. Der Preis dafür ist eine vorübergehende Absenkung des Weihnachtsgeldes, das aber bis 1996 wieder auf den alten Stand angehoben werden muß. Vorgesehen sind zudem freiwillige Betriebsvereinbarungen, mit denen die Wochenarbeitszeit bis auf 32 Stunden gesenkt werden könnte. Vereinbart wurden schließlich

Regelungen für Teüzeitarbeit und die Möglichkeit, länger unbezahlten Urlaub zu nehmen. Insgesamt zeigt auch der neue Tarifvertrag für die Stahlindustrie, wie es möglich ist, im Rahmen der Tarifautonomie Spielräume der Tarifvertragsparteien für Beschäftigungssicherung kreativ zu nutzen. Die Gewerkschaften haben jedenfalls unter Beweis gestellt, daß sie nicht nur reden, sondern selber handeln. Die Bundesregierung ist diesen Nachweis bis heute schuldig geblieben. Es ist deshalb erforderlich, daß die Träger politischer Verantwortung ihrerseits beschäftigungspolitische Verantwortung nicht nur bei anderen einklagen, sondern selber übernehmen.

Industriepolitische Gestaltungskompetenz

Die IG Metall hat mit Unterstützung aller DGB-Gewerkschaften erneut ihre Mobüisierungsfähigkeit bewiesen. Unter wirtschaftlichen Krisenbedingungen und in einer organisationspolitischen Umbruchsituation hat sie ihre Handlungsfähigkeit in Abwehrkämpfen erhalten. Es wird nun darauf ankommen, die vorhandenen Kräfte auch dafür einzusetzen, gewünschte Entwicklungen selber auf den Weg zu bringen, statt sich auf längere Sicht mit der Rolle abzufinden, immer nur die unerwünschten Entwicklungen abwehren zu müssen. Mit Blick auf die nächsten beiden Jahre kann damit gerechnet werden, daß mindestens in der Metallindustrie eine konjunkturelle Verbesserung eintritt. Die Arbeitgeber werden dazu tendieren, Neueinstellungen möglichst lange hinauszuzögern, um statt dessen durch Leistungsverdichtung und Mehrarbeit die Produktionsergebnisse zu erhöhen. Ein beschäftigungspolitischer Handlungsbedarf wird also unverändert fortbestehen, zumal ja auch die arbeitsorganisatorische und produktionstechnische Erneuerung fortgesetzt wird. Zugleich wird der einkommenspolitische Handlungs- und Erwartungsdruck wieder steigen. Das Ziel, Erhaltung und Erhöhung der Realeinkommen, gewinnt deshalb aus nahehegenden Gründen wieder neue Priorität. In der beschäftigungspolitischen Zielsetzung steht nach den Erfolgen in der Stahlindustrie nun auch in der Metallindustrie die unwiderrufliche Einführung der 35-Stunden-Woche im Mittelpunkt. Auf mittlere Sicht muß der Weg zu weitergehenden Arbeitszeitverkürzungen offen bleiben. Entgegen allen Propagandisten einer Arbeitszeitverlängerung haben die tariflichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre die unbestrittene Beschäftigungswirksamkeit von Arbeitszeitverkürzungen unterstrichen. Dennoch werden die Gewerkschaften deutlich machen müssen, daß Arbeitszeitverkürzungen nicht nur eine Antwort in extremen Krisensituationen ist, sondern daß die Verstetigung von Arbeitszeitverkürzungen ein selbstverständlicher Teil von industrieller Entwicklung mit fortgesetzter Rationalisierung und Produktivitätssteigerungen sein muß. Schließlich stehen die Wiederbelebung und Weiterentwicklung des arbeitspolitischen Erneuerungsprogramms „Tarifreform 2000“ bzw. der regionalen Verhandlungen über Entgelttarifverträge auf der Tagsordnung der Tarifpolitik. Inwieweit neue Vereinbarungen im Konsens oder im Konflikt mit den Arbeitgebern zu verwirklichen sind, wird dann die Praxis erweisen müssen.

Realistischerweise sollten die Gewerkschaften gerade in den anstehenden Auseinandersetzungen um Prioritäten der Regierungspolitik immer wieder darauf verweisen, daß sie allein unternehmenspolitische sowie wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen nicht ausgleichen können. Wer sich im Superwahljahr 1994 um neue oder alte Regierungsmehrheiten bemüht, der wird sich nicht auf Dauer auf die Position zurückziehen dürfen, daß Wirtschaftspolitik nur in der Wirtschaft zu machen sei. Auf einen Wirtschaftsminister, der einer solch dummen und törichten Selbstkastration der Politik das Wort redet, könnten wir verzichten. Nicht verzichten können wir hingegen auf wirtschafts- und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen und betriebspolitische Initiativen, um die industrielle Erneuerung zu fördern und Massenarbeitslosigkeit abzubauen.

Wir brauchen den gezielten Einsatz einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, eine verantwortliche Zinspolitik der Bundesbank und regional- und beschäftigungspolitisch abgestimmte öffentliche Investitionen. Konkret geht es auch um eine gerechte Besteuerung der Wertsteigerung aus Grund- und Bodenbesitz, aus Produktionsvermögen, aus Erbschaften und aus Aktienfonds. Hier stehen Signale für den Aufbruch in eine soziale Zukunft immer noch aus. Dabei geht es nicht nur um soziale Gerechtigkeit. Es geht um politische Moral. Nicht zuletzt muß als gesellschaftspolitischer Konsens die Einsicht erneuert werden, daß in einer Gesellschaft ohne Vollbeschäftigung, Solidarität, Freiheit und Demokratie zwangsläufig Schaden nehmen werden.

Wir können die Zukunft der Arbeit am Industriestandort Deutschland nicht der unsichtbaren Hand des Marktes überlassen. Wir brauchen die sichtbare Hand interessenpolitischer Gestaltung, gesellschaftlicher Initiative, politischen Handelns. Arbeit hat dann Zukunft, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Interesse an einer anderen Zukunft in die eigene Hand nehmen. Hierfür brauchen wir eine neue orientierende Debatte, um die Zukunft der Arbeit, um ein sozial tragfähiges Regulierungsmodell, für ein ökologisch verträgliches Wohlstandsmodell. Wir brauchen eigene Konzepte, mit der wir uns in die Gestaltung des strukturellen Wandels einmischen. Strukturwandel hat längst aufgehört, ein einmaliger Vorgang beim Übergang auf eine andere Struktur zu sein. Unter Weltmarktbedingungen ist der Strukturwandel permanentes Prinzip, die Notwendigkeit zu seiner sozialen und ökologischen Gestaltung die dauerhafte Bewährungsprobe für die Gewerkschaften.

Ohne Vollbeschäftigung hat Arbeit keine Zukunft. Im Kern der Arbeitsgesellschaft bleibt die Erwerbsarbeit, bleibt Beschäftigung für alle. Doch wir wissen: Wir müssen das Verhältnis von Erwerbsarbeit und anderen Formen gesellschaftlich notwendiger und gesellschaftlich nützlicher Arbeit neu überdenken, neu regeln. Vielfalt und Differenzierung werden die Zukunft der Arbeit ganz wesentlich prägen, sie werden unsere Arbeit an gemeinsamen Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ergänzen und fördern. Unsere Vision für die Arbeitsgesellschaft der Zukunft setzt auf das Recht auf Arbeit als soziales Grundrecht, unsere Vision setzt auf die gerechte

Verteilung von Erwerbsarbeit ebenso wie von gesellschaftlich notwendiger und nützlicher Arbeit. Unsere Vision der Arbeit der Zukunft verbindet die kurzfristigen Interessen an Arbeit mit den langfristigen Interessen an Überlebensbedingungen für die Gattung.

Wir wollen ein erneuerbares Wachstum, das die Industriegesellschaft prägt, so daß auch nachwachsende Generationen diese Erde lebenswert vorfinden. Unsere Vision ist ein Gesellschaftsmodell, das den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit ihren Interessen an Verwirklichung und Beteiligung verbindet. Wir wollen die Gegenwartsentscheidung so treffen, daß sie unsere Zukunftsinteressen nicht schädigen oder zerstören. Wir brauchen eine neue Zukunftsdebatte - für die Zukunft der Arbeit nicht nur im Industriestandort Deutschland, sondern auch unter den Maßstäben unserer Nachbarn, der ganzen Welt.